Mittagspost, Ausgabe 1/14

17. Januar 2014

Auf ein erfolgreiches Jahr 2014

Ausschüsse konstituiert

In der 1. Sitzungswoche des neuen Jahres drehte sich das Personalkarussell, Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen gewählt, die Ausschüsse besetzt. Ich bin – meinem Wunsch entsprechend – im Innenausschuss, der sich am Mittwoch das erste Mal zusammen gefunden hat. Er deckt thematisch die Bandbreite von innerer Sicherheit wie organisierte Kriminalität und Nachrichtendienste, Migration, Ehrenamt als gesellschaftlichen Zusammenhalt, politische Bildung, europäische Innenpolitik, IT-Sicherheit, außerdem Zivil- und Katastrophenschutz.

© Deutscher Bundestag / Katrin Neuhauser

Den Vorsitz hat Wolfgang Bosbach (CDU/CSU) im Bild mit der Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeld bei der Konstituierung. Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft bin ich stellvertretendes Mitglied.

Zwei Anträge der Oppositionsfraktionen zur Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder (Beispiel Ronald Pofalla) sind am Donnerstag an den Innenausschuss überwiesen worden. Die SPD plädiert für eine Karenzzeit von 18 Monaten, die CDU will sechs. Ein Kompromiss wird verhandelt.

Die Landesgruppe Niedersachsen/Bremen wählte Lars Klingbeil als Nachfolger von Gabriele Lösekrug–Möller zu ihrem Vorsitzenden. Dem Vorstand gehören außerdem Dr. Matthias Miersch,(neu) Karin Evers– Meyer, Dr. Carola Reimann und Dr. Carsten Sieling an.

Aus dem Bundestag

In der Fragestunde am Mittwoch stand Innenminister Thomas de Maiziere zum Migrationsbericht 2012 Rede und Antwort. Die Zahl der Migranten ist im Jahr 2013 auf rund eine Million angestiegen. Darunter sind viele gut ausgebildete Fachkräfte die in einigen Branchen dringend gebraucht werden. Deutschland profiziert und gewinnt also auch durch die Migration aus anderen Ländern.

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus, kritisierte in seinem Jahresbericht, zu viele Versetzungen und zu lange Auslandseinsätze. Königshaus ist der einzige FDP-Vertreter, der noch im Bundestag sitzt. Seine Amtszeit endet erst 2015. Er darf aber weder zu tagesaktuellen Themen Stellung nehmen, noch abstimmen. Deshalb sitzt er auch am Katzentisch neben den Plätzen für den Bundesrat und hört einfach nur zu.

In der Debatte zur OECD- Pisa- Studie 2012 hat Daniela De Ridder aus Weser- Ems ihre erste Rede gehalten. Die Studie zeigt die Fortschritte in den Kompetenzen, doch es fehlt noch viel. Unter anderem geht es um Anschlussqualifikationen für die Schülerinnen und Schüler. Die SPD hätte im Koalitionsvertrag gern mehr für den Bereich Bildung herausgeholt. Markus Pasche aus Weser Ems sprach zum Thema Rentenfinanzierung.

Auf Verlangen der Fraktion Die Linke wurde die Haltung der Bundesregierung zu den Verhandlungen über ein No-Spy-Abkommen zwischen den USA und Deutschland diskutiert. Deren Kritik ist nachvollziehbar. Wir sind mit dem bisherigen Ergebnis nicht einverstanden und es ist klar, dass unbedingt weiter verhandelt werden muss.

Am Freitag debattierte der Bundestag die Erleichterungen für energie-intensive Betriebe bei der Ökostrom-Umlage. Die Aussprache wurde von den Grünen beantragt, die der alten Regierung vorwerfen, die Entlastungen trotz der Vorbehalte der EU-Kommission nicht europarechts-konform gestaltet zu haben. Weitere Themen: das EU Arbeitsprogramm und die europäische Flüchtlingspolitik.

Zügig voran

Das Rentenpaket, das auf unserem Regierungsprogramm fußt, wird als Entwurf bereits in den Ressorts abgestimmt. Arbeits-und Sozialministerin Andrea Nahles legt Tempo vor und überrascht damit viele. Doch sie plant, die 3. Lesung des Gesetzes bereits für Mai 2014. Das Rentenpaket ist nicht geschenkt, sondern verdient.

Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, erhalten einen Rentenpunkt mehr. Auch diejenigen, die schon in Rente sind, werden von der höheren Anrechnung profitieren. Der vorzeitige abschlagsfreie Rentenzugang mit 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren soll für langjährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem 1. Juli 2014 möglich sein. Grüne und Linke sind als Oppositionsparteien gegen unsere Pläne.

Johann Saathoff, Susanne Mittag, Lars

Die weltweit größte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau ist die Grüne Woche, der man in Berlin schon entgegenfieberte. Am Donnerstag wurde sie eröffnet. Bundeslandwirtschaftsminister Friedrich (CSU) nannte die deutsche Landwirtschaft eine Jobmaschine, über Mindestlöhne schwieg er sich allerdings aus. Für die Abgeordneten aus dem Landwirtschaftsausschuss ist der Besuch der Grünen Woche ein Pflichttermin, aber auch Abgeordnete aus anderen Ausschüssen nahmen teil. In der kommenden Woche wird es noch einen speziellen Empfang für Niedersachsen geben.

Aus dem Wahlkreis

Das EEG spielte auch bei Gesprächen mit Geschäftsführer Carl van Dyken in der Zinkhütte Nordenham eine Rolle. Sollten die Härtefallregelungen wegfallen, müsste das Unternehmen jährlich mehr als 36 Millionen Euro zusätzlich an Strom bezahlen. Die Zinkhütte verbraucht für ihren Produktionsbetrieb so viel Strom wie Oldenburg.

Wirtschafts-und Energieminister Sigmar Gabriel hat bereits in Brüssel verhandelt und klar gestellt, dass die energieintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb auch weiterhin die Befreiung von der Öko-Strom–Umlage benötigen. Der Kreis der Begünstigten wird allerdings erheblich eingeschränkt.

B 212 neu diskutiert– alle waren am Tisch

Die FDP hat sich des Themas B 212 neu angenommen– leider ohne Hintergrundwissen, dafür umso öffentlicher. Das zeigt einmal mehr, dass wir inhaltlich viel weiter sind. Erstmals gab es am Mittwoch in Hannover ein Gespräch mit Vertretern der Ministerien, Kommunen, der Planungsbehörde und Bremen, mit Gutachtern und der Interessengemeinschaft. Sie haben die komplexe Lage erörtert und sind zu dem Schluss gekommen, dass die Planvariante aufgrund der veränderten Verhältnisse nicht mehr durchsetzungsfähig ist. Das wurde von allen Beteiligten anerkannt, es ist ein erster Schritt zu einer gemeinsamen, übereinstimmenden Planung.

21. Januar Gespräch mit der Kreishandwerkerschaft in Berne

24. Januar Neujahrsempfang Hanse Wissenschaftskolleg

26. Januar Europadelegiertenkonferenz in Berlin,

im Anschluss Außerordentlicher Bundesparteitag und Wahl der Generalsekretärin.

Die nächste Sitzungswoche des Bundestags beginnt am **27. Januar**

mit einer Gedenkstunde für die Opfer der Nationalsozialismus

Herzliche Grüße Eure

V.i.S.d.P.: ne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin